Bedürfnisse unserer Erfüllungspolitiker beschränkt bliebe. Leider ist das nicht der Fall. Heute haben wir in Frankreich einen Gegner, der auf jede Aeußerung unserseits begierig lauert, die er irgendwie für seine Zwecke mißbrauchen kann. So sehen wir auch sofort die Wirkungen der Hagemannschen Schlagworte. Der „Temps", der sich in der letzten Zeit zum Vorkämpfer der französischen Propaganda gegen Deutschland gemacht hat, reagiert auch prompt mit folgenden charakteristischen Sätzen: „Wir (d. h. die Franzosen) versuchen uns in unserem internationalen Leben von Grundsätzen des Rechts, der Gerechtigkeit, der menschlichen Brüderlichkeit, von Vorschriften der Loyalität, des guten Glaubens, der Achtung vor übernommenen Verpflichtungen leiten zu lassen. Für das deutsche Volk gibt es kein anderes Recht als das der Gewalt: jede Gewalttätigkeit, die Erfolg hat, schafft Recht." In diesen Schlagworten offenbart sich die ganze Gefährlichkeit der Diskreditierung der nationalen Bewegung, sie treibe Gewaltpolitik, im Gegensatz zur Verständigungspolitik. Wenn Frankreich deutsche Kronzeugen hierfür aus Kreisen bringen kann, die nichts mit der krankhaften Selbstzerfleischung radikaler Pazifisten, wie des Försterkreises, zu tun haben, so darf man nicht erwarten, daß es sich diesen fetten Brocken für seine Hetzpropaganda nicht entgehen lassen wird. Der Außenpolitiker der „Germania" hätte um so vorsichtiger sein müssen, als er doch weiß, daß das Märchen von der deutschen Gewaltpolitik schon im Weltkriege von unseren Gegnern mit dem größten Erfolg verbreitet worden ist. Auch damals haben sich die Ententestaaten als Hüter des von Deutschland angeblich bedrohten Rechtsgefühls ausgegeben. Genau sowie es der „Temps" heute unter Ausbeutung eines innenpolitischen Schlagwortes wieder versucht. Man braucht nur daran zu erinnern, daß Frankreich die ganze deutsche Geschichte zu diesem Zwecke schon entstellt hat und besonders Bismarck als den schlimmsten Vertreter der deutschen Gewaltpolitik zu zeichnen bemüht ist. Immer im Gegensatz zu den friedliebenden demokratischen Völkern, an deren Spitze — wie könnte es auch anders sein! — Frankreich für die Grundsätze des Rechts, der Achtung vor den Verträgen und des friedlichen Zusammenlebens kämpft. Während Deutschland als der Vertreter des entgegengesetzten bösen Prinzips sich für seine politischen Ideen angeblich sogar eine eigens zurechtgemachte „Machtphilosophie" geschaffen hat, sind die westlichen Völker natürlich die idealen Vorkämpfer der „Rechtsphilosophie" als der Grundlage ihres politischen Denkens und Handelns. Schlagwörter, die durch den törichten Gegensatz von Verständigungs- und Gewaltpolitikern geradezu provoziert werden!

Erleichtert wird diese gegnerische Propaganda, die doch nur dem Zweck dient, das Deutschland der Gewaltpolitik als unwürdig einer Erleichterung seiner Lasten hinzustellen, durch andere üble Auslassungen der radikalen deutschen Linkspresse. So finden wir in der „Weltbühne" einen direkt gemeingefährlichen Artikel anläßlich der deutschen Beschwerde in Genf über den Polenterror. In diesen haarsträubenden Auslassungen werden wir von unseren eigenen Mitbürgern beschuldigt, die Minderheitenklage sei unberechtigt und nur ein Vorwand dafür, gegen Polen den Krieg zu schüren. Die Rückgewinnung des Korridors ist nach dieser seltsamen Auffassung unnütz. Beweis dafür die wirklich erschütternde Weisheit, wir könnten ja jetzt schon unsere eigenen Leute nicht ernähren, geschweige denn, wenn wir einen Gebietszuwachs bekämen. Daß unsere Krise mit auf der Grenzziehung im Osten beruht, die Deutschland in zwei Teile zerreißt und ein einheitliches Wirtschaftsgebiet zerstört hat, leuchtet den sonst so begeisterten Paneuropäern anscheinend nicht ein. Dafür erklärt dieses anddeutsche Blatt, polnischer als die Polen: „Hinter diesen deutschen Lamentationen steckt nur neuer Expansionismus, neuer Imperialismus, in diesen herzbewegenden Wehrufen nach Gerechtigkeit lebt nur der neue Militarismus ein sentimentales Volkslied ab." So arbeitet man in Deutschland der Ententeoffensive gegen die Revision in die Hände. Wahrhaftig, wir brauchten ein Gesetz gegen ideellen Volksverrat, gegen die Sabotage lebenswichtiger deutscher Interessen!

Frankreich handelt unterdessen. Es klagt, gestützt auf deutsche Zeugen, über die deutsche Gewaltpolitik und macht sich im stillen mit dem Golde, das ihm die deutschen Tribute liefern, ganz Europa untertänig. Die englisch-französische Goldentente war das sichtbarste Beispiel dafür in der letzten Woche. Die „kalte Dusche" der „Times" gegen das deutsche Revisionsverlangen ihre erste Auswirkung. Daneben werden in Polen mit französischem Gelde polnische Aufmarscheisenbahnen von Oberschlesien nach Gdingen und von Ostrolenka an der ostpreußischen Grenze entlang nach Thorn gebaut. In der Tschechoslowakei bemächtigt sich Frankreich der Rüstungswerke von Skoda, mit dem Ziele, von hier aus seine ost- und südeuropäischen Vasallen mit Kriegsmaterial zu versorgen. Ebenso bekommen Südslawien und Rumänien Gelder für strategische Bahnbauten. Den Belgiern soll durch eine Anleihe von zwei Milliarden Mark das kostspielige Militärbündnis wieder schmackhaft gemacht werden. Das ist versteckte französische Gewaltpolitik mit Hilfe der aus Deutschland gepreßten Tributmilliarden. Davon aber künden die falschen Schlagworte, die über uns inner- und außerhalb unserer Grenzpfähle ausgestreut werden, nichts. Sie dienen ja dazu, die überragende Machtposition, die sich Frankreich mit unseren Zahlungen schafft, vor einer leichtgläubigen Welt einzunebeln.

Enthüllungen des ehemaligen belgischen Kriegsministers

Berlin, 10. Januar. (Eig. Drahtmeld.) Der frühere belgische Kriegsminister, General Hellebaut, der am 1. Januar aus dem aktiven militärischen Dienst ausgeschieden ist, erhebt jetzt in der belgischen Oeffentlichkeit

schwere Vorwürfe gegen den belgischen Generalstab,

vor allem, daß die auf Anordnung des französischen Generalstabs in Belgien errichteten riesigen Befestigungsanlagen den strategischen Interessen Belgiens nicht dienten. Durch diese Befestigungsanlagen würde im Gegenteil eine belgische Offensive gegen Deutschland aufs Aeußerste erschwert. Man solle lieber die ausgeworfenen Summen für eine Verstärkung der Armee auf der Basis der Wehrpflicht und des Schweizer Milizsystems verwenden.

Besonders interessant ist dann die Erklärung Hellebauts, daß eine solche Verstärkung der belgischen Landesverteidigung mehr im Sinne der belgisch-französischen Vereinbarungen liegen würde als die kostspieligen Festungsbauten.

Durch diese Erklärung erfahren die Informationen über den französisch-belgischen Militärvertrag für 1920 eine neue Bestätigung.

Dieser sieht vor, daß Belgien 600 000 Mann bereitzustellen hat, zu denen 1 200 000 Franzosen treten, mit denen im Falle eines neuen deutsch-französischen Krieges sofort ein

großangelegter Offensivvorstoß gegen das Ruhrgebiet

geführt wird. General Hellebaut ist der Meinung, daß dieser Offensivvorstoß weit wichtiger sei als ein Sich-Verschanzen hinter den riesigen Festungsbauten, die man jetzt auch in Belgien errichte.

Diese Militärdiskussion, die in der belgischen Oeffentlichkeit mit der größten Anteilnahme verfolgt wird, ist naturgemäß

auch für Deutschland von größtem Interesse,

weil sie zeigt, wie sehr der französische Militarismus, dem sich der belgische Generalstab vollkommen untergeordnet hat, trotz der Zerschlagung Deutschlands als Militärmacht immer wieder damit rechnet, gegen Deutschland militärisch vorzugehen. Die ganze militärische Ohnmacht Deutschlands tritt klar zutage, wenn man sich vor Augen hält, wie das wichtigste Waffenarten entbehrende 100 000-Mann Heer Deutschlands gegenüber einer ersten französisch-belgischen Offensivarmee in Stärke von 1 800 000 Mann bestehen soll.

Die englisch-französischen Finanzverhandlungen

England wünscht Fortsetzung in London

London, 10. Jan. Die Pariser Besprechungen zwischen Vertretern des englischen und des französischen Finanzministeriums waren, dem diplomatischen Mitarbeiter des „Daily Telegraph" zufolge, für beide Teile unverbindlich. Die Konferenz habe auf Einladung und Veranlassung der französischen Regierung stattgefunden. Es würden weitere Verhandlungen stattfinden, an denen auch die Bankenvertreter teilnehmen würden. Man hoffe in London, daß die Sachverständigen des französischen Finanzministeriums in absehbarer Zeit zu Verhandlungen nach London kommen würden.

England sei der Ansicht, daß die derzeitige französische Finanzpolitik nicht den modernen Kreditanforderungen entspreche.

Man dürfe annehmen, daß die Bank von Frankreich mit den gegenwärtigen Gesetzen über die Deckung des Notenumlaufs nicht einverstanden sei, jedoch machten etwaige Gesetzesänderungen parlamentarische Verhandlungen notwendig. Der Youngplan und auch die Möglichkeit eines Moratoriums seien nicht berührt worden, so behauptet der Korrespondent. Dagegen seien die Rückwirkungen erörtert worden, die das Fallen der Preise für Rohmaterialien im Zusammenhang mit dem Goldproblem auf die Zahlung der deutschen Reparationen und die Kriegsschulden verursacht hätten.

Kein Entgegenkommen Frankreichs

Paris, 10. Januar. Der Außenpolitiker des „Matin" schreibt zu den in diesen Tagen in Paris zwischen Delegierten des englischen und französischen Schatzamtes gepflogenen Verhandlungen: Was die englischen Theoretiker und Finanzleute gewollt hätten, sei eine große Goldkonferenz. Dazu habe Frankreich sich nicht bereitfinden wollen. Wenn auch das Problem vom theoretischen Gesichtspunkt eingehend erörtert werden müsse, so müsse doch ein Staat, der an der französischen Geldflüssigkeit Anteil haben wolle, sich darüber mit Frankreich selbst ins Benehmen setzen. Das gleiche gelte ja auch hinsichtlich der anderen an Gold reichen Macht, nämlich Amerika. Nachdem der Gedanke der Konferenz aufgegeben war, hätten sich die Engländer auf eine zweite Linie zurückgezogen. Sie veröffentlichten nämlich mit besonderer Hervorhebung den Bericht der Golddelegation des Völkerbundes und stellten die Forderung auf, die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich möge sich mit dem Bericht beschäftigen. Selbst wenn eine internationale Konferenz mit Unterstützung der Internationalen Zahlungsbank und mit dem Segen des Völkerbundes beschließen würde, daß das Gold allen gehöre, und daß das Land, welches das Gold in Händen habe, es mit den anderen teilen müsse, welche Wirkung würde das auf die Oeffentlichkeit in Frankreich ausüben? Genau die gegenteilige derjenigen, die man erhoffe. Die französische Oeffentlichkeit sei gegenüber allen Inlands- und Auslandswerten, die man ihr anbiete, mißtrauisch. Wenn man den Franzosen sage, sie müßten ihrer internationalen Pflicht gemäß ohne Rücksicht auf ihre eigene Entschließung diese oder jene Emission zeichnen, dann würden sie es wohl vorziehen, ihre Banknoten in die Schublade zu tun.

Paris wünscht keine Völkerbefragung

Paris, 10. Jan. Die Veröffentlichung der „Kölnischen Zeitung", in der eine Befragung der Völker über die Abrüstung vorgeschlagen und für den Fall der Erfolglosigkeit darauf hingewiesen wird, daß der Ungerechtigkeit auf die Dauer der Rückschlag folgen müsse, nämlich die Aufrüstung eben auch der durch die Friedensverträge entwaffneten Völker, veranlaßt das „Journal" zu der Feststellung, daß die Reichsregierung noch nie so eindeutig gesprochen und noch nie den Siegerstaaten gegenüber so klar und deutlich ihre Absichten kundgetan habe. Die Frage sei im Augenblick nur noch die, ob Dr. Curtius tatsächlich im Büro des Völkerbundes einen derartigen Antrag einreichen werde. Das „Oeuvre" ist der Auffassung, daß eine internationale Zusammenarbeit im Schoße des Völkerbundes einen anderen Ton verlange als denjenigen, den das Blatt eingeschlagen habe. Der Völkerbund werde sich jedenfalls mit derartigen Ultimaten nicht abfinden. Wer mit der Faust auf den Tisch schlage und etwas fordere, setze sich der Gefahr einer ebenso scharfen Erwiderung aus, woraus niemals gute Früchte entspringen könnten. Das amtliche Deutschland habe jedenfalls Unrecht, diesen Forderungen nachzugehen.

Alarm im französischen Außenministerium

Paris, 10. Jan. Nach den Kundgebungen, die vor einiger Zeit gegen Außenminister Briand bei seiner Ankunft am Lyoner Bahnhof erfolgten, ist auf Anordnung des Polizeipräfekten die Wache im Gebäude des Außenministeriums erheblich verstärkt worden. Wie der Pariser „Soir" berichtet, ist es nun gestern im Außenministerium zu einem recht heiteren Zwischenfall gekommen.

Ein Detektiv hatte aus Versehen einen elektrischen Knopf berührt, und sofort trat die Alarmglocke in Tätigkeit.

Alle Türen des Ministeriums wurden verschlossen, die Amtsdiener liefen zusammen, und wenige Minuten später traf sogar ein Lastauto mit etwa 30 Polizisten, gefolgt von einer Fahrerabteilung der Polizei, am Quai d'Orsay ein. Inzwischen hatte sich der Irrtum aufgeklärt und allgemeine Heiterkeit ausgelöst. Der Zwischenfall hat jedenfalls den Beweis erbracht, daß die verstärkte Wache des Außenministeriums tadellos funktioniert.

Kein Verbot des Geraer Reichsbanners

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 10. Januar. Von seiten des Reichswehrministeriums wird heute eine hochinteressante Erklärung abgegeben, die sich neben der Angelegenheit des Geraer Reichsbanners auch mit dem seinerzeit vom damaligen Reichsinnenminister Severing verfügten und später unter dem aufsehenerregenden Druck des Reichspräsidenten aufgehobenen Stahlhelmverbot befaßt. Bekanntlich hatte der thüringische Innenminister Dr. Frick den Reichsinnenminister Dr. Wirth ersucht, eine Auflösung der Ortsgruppe Gera des Reichsbanners vorzunehmen, weil diese militärische Uebungen abgehalten habe, die im Widerspruch zu den Ausführungsgesetzen des Versailler Vertrags standen. Dr. Wirth hat daraufhin beim Reichswehrministerium unter Vorlage der einschlägigen Akten angefragt, ob die Uebungen des Geraer Reichsbanners als militärische Uebungen zu betrachten seien und die Ausführungsbestimmungen des Versailler Vertrags angewandt werden könnten. Das Reichswehrministerium hat darauf geantwortet, daß diese Uebungen ebensowenig militärischen Charakter trügen wie die Wehrsportübungen des Stahlhelms, die seinerzeit zum Stahlhelmverbot in Rheinland-Westfalen geführt hätten.

Nur habe damals das Reichsinnenministerium das Reichswehrministerium erst verständigt, nachdem das Verbot ausgesprochen worden war. Diese Feststellung des Reichswehrministeriums dürfte für den heutigen preußischen Innenminister Severing besonders peinlich sein.

Dr. Wirth ist übrigens heute von seinem längeren Urlaub, den er offenbar nach dem für ihn höchst peinlichen Vergleich mit Thüringen notwendig hatte, wieder nach Berlin zurückgekehrt und dürfte in den nächsten Tagen den Geraer Fall abschlägig bescheiden.

Mitteldeutsche Wirtschaftstagung in Leipzig

Leipzig, 10. Jan. Der Wirtschaftsverband Mitteldeutschland e. V. hält aus Anlaß seines zehnjährigen Bestehens am 9. und 10. Januar in Leipzig seinen 7. Mitteldeutschen Wirtschaftstag ab. Die Tätigkeit des Verbandes erstreckt sich über die Provinz Sachsen, die Länder Thüringen und Anhalt sowie über den Handelskammerbezirk Leipzig.

Die Tagung begann am Freitag mit internen Sitzungen des Präsidiums, der Fachgruppen und des Wirtschaftsausschusses. Abends fand auf Einladung der Stadt Leipzig und der Industrie- und Handelskammer Leipzig im Festsaal des Neuen Rathauses ein Begrüßungsabend statt. Oberbürgermeister Dr. Goerdeler führte in seinem Willkommensgruß aus, daß die Frage des mitteldeutschen Raumes den Wirtschaftsverband seit seiner Gründung beschäftigt habe. Den Stimmen gegenüber, daß Leipzig überhaupt nicht zum mitteldeutschen Wirtschaftsgebiet gehöre, sei dem Verband mindestens die Tatsache der Verflechtung Leipzigs mit seinem Gebiet Anlaß genug gewesen, seine diesjährige Tagung hierher zu verlegen. Leipzig habe von jeher allen Strömungen und Bewegungen regstes Interesse entgegengebracht, die dahin gingen, die deutschen Wirtschaftskräfte zusammenzufassen, die politische und verwaltungsmäßige Organisation des Reiches zu vereinfachen und die nationalen Kräfte unseres Vaterlandes zu größerer Entfaltung zu bringen. Es sei durchaus nicht erforderlich, daß Verwaltungsgrenzen nur um durchaus einheitliche Wirtschaftsgebiete gezogen werden. Im Gegenteil sei eine gewisse Verschiedenheit der Wirtschaftskräfte innerhalb des Gebiets nur gesund. Auch verkehrstechnische und geographische Fragen seien bei der Grenzziehung zu berücksichtigen. Wenn der Verband seine Tätigkeit darauf abstelle, eine Wirtschafts- und Rechtseinheit in Mitteldeutschland vorzubereiten, so leiste er damit eine Arbeit, die weit über den doch nicht genau abzugrenzenden mitteldeutschen Raum hinausgreife. Die Herstellung der rechtlichen und wirtschaftlichen Einheit sei ein großer Schritt zu dem politischen Ziel der Einheit unseres Vaterlandes. Insbesondere dürften für die Versorgung der Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität Landes- und Verwaltungsgrenzen keine Rolle spielen. Der letzte Schritt freilich werde nur durch große geschichtliche Ereignisse herbeigeführt werden. Die Willenskräfte hierfür zu entfalten, liege in unserer Hand.

Am Sonnabendvormittag faßte die Tagung folgende Entschließung: „Angesichts der zunehmenden Arbeitslosenziffer und der Verschuldung des deutschen Volkes erwachsen für den Bestand des Staates die schwersten Gefahren.

Die Mitteldeutsche Wirtschaft erhebt daher folgende Forderungen:

1. **Revision des Youngplans.** (Die wirtschaftliche Entwicklung, besonders die hohe Zahl der Arbeitslosen hat gezeigt, daß Deutschland die ihm auferlegten Lasten nicht tragen kann, und daß diese erheblich dazu beitragen, den Weltmarkt in Unordnung zu bringen und auch manche Gläubigerländer zu schädigen.)

2. **Aeußerste Sparsamkeit** in Reich, Länder und Gemeinden. Die Mitteldeutsche Wirtschaft erkennt das Bestreben der Reichsregierung, größere Sparsamkeit in der öffentlichen Hand herbeizuführen, an. Sie hält aber die bisher getroffenen Maßnahmen bei weitem nicht für ausreichend, besonders soweit Länder und Gemeinden in Frage kommen, und fordert daher erheblich weitergehende Sparmaßnahmen. Dazu bedarf es auch einer starken Einschränkung der privatwirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand in Reich, Ländern und Kommunen, sowie einer durchgreifenden Verfassungs- und Verwaltungsreform.

3. **Weiteren Abbau der Löhne und Preise,** um das Preisniveau Deutschlands dem des Weltmarkts anzugleichen und die innere Kaufkraft zu erhöhen. Dadurch wird auch der schwer um ihre Existenz ringenden Landwirtschaft geholfen.

4. **Unterlassung aller sozialistischen Experimente,** durch die neben den Kriegstributen und der Verschwendung der öffentlichen Hand die jetzige Not und Arbeitslosigkeit herbeigeführt worden ist.

Verlängerte Fristen für die Krisenfürsorge

Berlin, 10. Januar. **Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichsarbeitsminister hat sich damit einverstanden erklärt, daß für Arbeitslose, die sich am 3. November 1930 in der Krisenfürsorge befanden, die frühere Höchstbezugsdauer von 39 oder 52 Wochen bis zum 28. März 1931 weiter gilt. Auf diesen Zeitpunkt sind die für den 17. und 24. Januar 1931 vorgesehenen Auslaufristen verschoben worden.**

*

Die Verfügung des Reichsarbeitsministers ist für die Gemeinden von außerordentlicher Bedeutung. Endlich hat man im Reichsarbeitsministerium eingesehen, daß eine weitere Belastung der gemeindlichen Wohlfahrtsfonds nicht mehr möglich ist und zur Zahlungseinstellung bei zahlreichen Städten und Dörfern führen muß. Bei der Krisenfürsorge zahlen die Gemeinden nur ein Fünftel der Kosten, während die Reichskasse vier Fünftel übernimmt. Wären jetzt Hunderttausende von ausgesteuerten Krisenfürsorgeberechtigten auf das Gemeindekonto überwiesen worden, dann hätten die Gemeinden sämtliche Mittel zu ihrem Unterhalt aufbringen müssen. Eine offene Frage bleibt es allerdings, wie das Reich die Gelder zur Aufrechterhaltung der Krisenfürsorge für so zahlreiche Erwerbslose aufbringen soll. Offenbar sind gewisse Gelder dadurch verfügbar geworden, daß die Zunahme der Hauptunterstützungsberechtigten angesichts der schon längst bestehenden riesigen Arbeitslosigkeit nicht so groß ist, wie man ursprünglich annahm.

Stuhlverstopfung. Nach den an den Kliniken für innere Krankheiten gesammelten Erfahrungen ist das natürliche „Franz-Josef"-Bitterwasser ein äußerst wohltuendes Abführmittel. In Apoth. erh. 8